

(98/C 187/174)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-4040/97
von Jesús Cabezón Alonso (PSE) an die Kommission
(14. Januar 1998)

Betrifft: Bewerbungen für die Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt

Welche Städte haben sich bislang für eine Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt ab dem Jahr 2000 beworben?

(98/C 187/175)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-4041/97
von Jesús Cabezón Alonso (PSE) an die Kommission
(14. Januar 1998)

Betrifft: Kriterien für die Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt

Beabsichtigt die Kommission, einen Vorschlag zur Festlegung der Kriterien vorzulegen, anhand derer der Rat der Kulturminister der Europäischen Union die Europäische Kulturhauptstadt bzw. -städte ab dem Jahr 2000 bestimmen soll?

Gemeinsame Antwort
von Herrn Oreja im Namen der Kommission
auf die Schriftlichen Anfragen E-4040/97 und E-4041/97
(6. Februar 1998)

Die Kommission verweist den Herrn Abgeordneten auf den von der Kommission ⁽¹⁾ vorgelegten Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung einer Gemeinschaftsinitiative zur Förderung der Veranstaltung „Kulturstadt Europas“ und insbesondere auf die Artikel 2 und 3 dieses Beschlusses.

⁽¹⁾ ABl. C 362 vom 28.11.1997.

(98/C 187/176)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-4043/97
von Jesús Cabezón Alonso (PSE) an die Kommission
(14. Januar 1998)

Betrifft: Freilassung kubanischer Dissidenten

Hat die Kommission irgendwelche Schritte bei den kubanischen Behörden unternommen, um die Freilassung der kubanischen Staatsbürger Marta Beatriz Roque, René Gómez, Vladimiro Roca und Félix Bonne zu erreichen, die allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Gruppen der politischen Opposition in diesem Land inhaftiert wurden?

Antwort von Herrn Marin im Namen der Kommission
(29. Januar 1998)

Über den Vertreter der Präsidentschaft in Havanna hat die Europäische Union im Juli 1997 zwei offizielle Demarchen unternommen, um die Freilassung der vier vom Herrn Abgeordneten genannten Dissidenten zu erwirken. Diese Demarchen wurden von der Kommission unterstützt und im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union in ihrem Namen unternommen.

Bei ihren jüngsten Kontakten mit der kubanischen Regierung haben die Vertreter der Kommission klar zum Ausdruck gebracht, daß die Freilassung der vier Dissidenten sowie ganz allgemein eine Änderung des Verhaltens der Behörden gegenüber der Opposition, u.a. die Achtung der Grundrechte der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, entscheidende Vorbedingungen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit der Union mit Kuba sind.